

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitermittlungs- und Geschäfts-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von M. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., Heide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Mänzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Wirtschaftliche Umschau.

Versteifung am Geldmarkt. — Kurssteigerung der chemischen Werte. — Zunahme der beschäftigten Arbeiter. — Weibliche Arbeitskraft in der chemischen Industrie. — Starke Steigerung des Exports. — Hochkonjunktur für die Aktionäre. — Scharfmachergelüste. — Notwendigkeit der Organisation.

Am Wirtschaftshimmel sind in Gestalt einer empfindlichen Geldversteifung einige düstere Wolken heraufgezogen. Die Reichsbank hat den offiziellen Zinssatz um ein volles Prozent, von 4 auf 5 Prozent, erhöht. Und nach Lage der Verhältnisse ist im Laufe des Herbstes mit einer weiteren Verteuerung zu rechnen. Das hat in mehrfacher Beziehung ungünstige Folgen: Die Produktionsverteuerung schreut die Unternehmungskluft etwas zurück und die Erhöhung der Selbstkosten zieht auch eine Steigerung der Verkaufspreise nach sich, was wiederum verbrauchshemmend wirkt. Auch ist nicht zu verkennen, daß die Verteuerung der Produktion durch erhöhte Zinsenlast den Widerstand gegen Lohnerhöhungen stärkt und so die Diskontenerhöhung auch nach dieser Richtung eine für die Arbeiter schädliche Erscheinung ist. Unter diesen Umständen kann es als ein besonders günstiges Zeichen für die Lage der chemischen Industrie gebietet werden, daß trotz der Diskontenerhöhung die Aufwärtsbewegung der Kurse für Werte dieses Zweiges der Warenproduktion nicht zum Stillstand kam. Wie seit Monaten, so stiegen auch nach Heraussetzung der Bankwerte die Aktienkurse. Wie scharf und anhaltend die Bewegung ist, mag an der Kursentwicklung eines der führenden Unternehmen gezeigt werden. Es notierten die Aktien der Höpfer Farbwerke zu Anfang der Monate:

Januar	Juni	September	Oktober 1.	Oktober 3.
451	481,5	516,25	532	534

Die Steigerung betrug demnach am letzten Termin im Vergleich mit dem Jahresanfang nicht weniger als 88 Prozent. Auch in den andern Zweigen der chemischen Industrie ist man voller Dividendenhoffnungen. So stieg beispielsweise der Kurs der Ver. Köln-Rottweiler Pulverfabriken von Anfang Januar bis Anfang Oktober um 25 Prozent. Bei der Union, Fabrik chemischer Produkte, macht die Steigerung 62 Prozent aus. Daß sich die Höherbewertung nicht auf einige Unternehmungen erstreckt, geht zweifelsfrei aus der allgemeinen Kurssteigerung hervor. Für sämtliche Aktien der chemischen Unternehmungen ergab sich Ultimo August 1910 gegenüber Ultimo Januar 1909 eine Erhöhung des Kursstandes um rund 75 Prozent. Prägt sich in dieser Steigerung die Erwartung auf bedeutende Gewinnerhöhungen aus, so ist der Vorgang selbst natürlich kein Vorteil für die Arbeitererschaft, bedeutet er doch, daß das Kapital sich anschießt, die vermehrte Produktivität für sich auszunutzen. Die gesteigerte Arbeitsleistung, die besseren Wirtschaftsverhältnisse sollen sich in höhere Dividenden für die Aktionäre umsetzen. Je intensiver die Kurssteigerung, um so enger auch das Bestreben der Wertlektionen, die Produktionskosten — vor allem die Arbeiterlöhne — niedrig zu halten, damit ein recht großer Ueberschuß für das heutzutage Kapital herauspringt. Die Aktienbesitzer tragen selbstverständlich nichts bei zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, noch viel weniger sind sie bei den gesteigerten Arbeitsleistungen beteiligt, aber sie beanspruchen den Löwenanteil von dem Ertrage der Arbeit. Das ist kapitalistische Ordnung!

Für die Arbeiterschaft hat die Kurssteigerung nur den Wert eines Konjunkturmaßstabes. Wie diese, deuten auch noch andre Faktoren auf gutes Wirtschaftswetter. So spiegeln die Bewegungen der Mitgliederzahlen der Fabrikantenkassen in der chemischen Industrie eine ziemlich erhebliche Verbesserung am Arbeitsmarkt. Nach der Berichterstattung des „Reichsarbeitsblattes“ ergeben sich folgende Ziffern:

	1. Okt. 1909	1. Jan. 1910	1. Aug. 1910	1. Sept. 1910
Zahl der Kassen	91	94	95	93
Mitgliederzahl	34875	36600	41000	41060

Die Mitgliederzunahme ist ganz erheblich. Obwohl im Januar eine Kasse mehr berichtigt hatte als in den beiden letzten Monaten, ergibt sich doch ein Zuwachs von 4460 Personen oder um rund 12 Prozent. Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise für die chemische Industrie ist nur minimal. Immerhin kommt auch hier die Aufwärtsbewegung zur Geltung. Es wurden nämlich registriert:

	Okt. 1909	Jan. 1910	August 1910
für männliche Arbeiter			
Arbeitsgesuche	223	95	180
offene Stellen	98	32	151
für weibliche Arbeiter			
Arbeitsgesuche	77	104	140
offene Stellen	82	96	137

Auffällig ist der starke Begeh nach weiblichen Arbeitskräften in der chemischen Industrie. Die Zahl der offenen Stellen bleibt nur ganz unwesentlich hinter dem Angebot zurück; ja im vergangenen Jahre wurden mehr Arbeiterinnen verlangt

als sich anboten. Halten wir uns an den letzten Ausweis, so ergibt sich, daß immer noch annähernd so viele Arbeiterinnen verlangt werden als männliche Arbeiter. Da entfällt sich eine Tendenz, die für die Organisation von größter Bedeutung ist und die aufmerksam verfolgt werden muß. Was den Arbeitsmarkt für männliche Arbeiter anbelangt, zeigt sich, daß im August dieses Jahres im Vergleich mit dem Oktober des Vorjahres der Andrang Arbeitsuchender ganz erheblich nachgelassen hat, während gleichzeitig die Zahl der offenen Stellen stark zunahm.

Danach haben sich die Verhältnisse am Arbeitsmarkt allgemein erheblich verbessert, soweit sich das an den kleinen Zahlen abschätzen läßt. Ganz greifbar illustriert der Außenhandel Deutschlands mit chemischen Erzeugnissen die günstiger gewordene Wirtschaftslage. Bei einer nicht sehr bedeutenden Steigerung der Einfuhr, die in der Hauptsache auf Rohmaterialien entfällt, ist eine ganz ungewöhnliche Zunahme der Ausfuhr zu konstatieren. Es betrug nämlich für die ersten 8 Monate der beiden letzten Jahre:

	die Einfuhr	in	die Ausfuhr	in
	Doppelzentner	1000 Mk.	Doppelzentner	1000 Mk.
1909	11 292 776	215 951	18 402 076	385 592
1910	12 792 969	234 986	23 770 712	451 573

Der Menge nach ist die Ausfuhr um 29,2 Prozent gestiegen, dagegen nahm die Einfuhr nur 13,3 Prozent zu. Der Ausfuhrüberschuß erhöhte sich in der Vergleichszeit von 7,1 Millionen Doppelzentner auf rund 11 Millionen Doppelzentner. Und bei der Ausfuhrsteigerung war es sogar noch möglich, für einzelne Warengruppen erhöhte Preise zu erzielen. So stieg der Einheitswert pro Doppelzentner in der Gruppe: Firnisse, Lacke, Seife usw. von 126 auf 132 Mk., und in der Gruppe: Äther, Öle, Parfümerien usw. von 215 auf 236 Mk. Bemerkt werden mag noch, daß in vorstehenden Angaben die Ziffern für Öle, Teere und Teerstoffe aus Steinkohlen nicht mit einbegriffen sind. Für diese Artikel ergibt sich in der Vergleichszeit eine Steigerung der Ausfuhr, der Menge nach von 1 260 437 Doppelzentner auf 1 412 565 Doppelzentner, dem Werte nach von 19,6 Millionen auf 20,7 Millionen Mark.

Im Einklang mit der Produktionssteigerung steht auch die Dividendenpolitik der Unternehmungen in der chemischen Industrie. Diese nimmt nicht nur unter den Aktien-Gesellschaften in der Warenproduktion die erste Stelle auf der Dividendenleiter ein, sie hat auch für das letzte Geschäftsjahr wieder den größten Sprung aufwärts getan. Nach den in den ersten 7 Monaten dieses Jahres veröffentlichten Bilanzen resultiert für 96 Gesellschaften auf ein Aktienkapital von 336 1/2 Millionen Mk. eine Durchschnittsdividende von 15,9 Prozent gegen „nur“ 14,2 Prozent, die das Geschäftsjahr 1908/09 erbrachte. Wie glänzend sich für die Papierfabriker die Verhältnisse gestaltet haben, zeigen folgende Dividendensteigerungen. Es erhöhten die Ausschüttungen im letzten Jahre: Badische Anilin-Fabriken von 22 auf 24 Prozent, Chemische Industrie Schalle-Gelbenkirchen von 8 auf 9 Prozent, Gerb- und Gerbstoffwerke Renner von 13 1/2 auf 15 Prozent U.-G. Hönningen von 8 auf 9 Prozent, Chemische Werke Dranienburg von 7 auf 8 Prozent, Rheinische Gerbstoffwerke von 14 auf 15 Prozent, Schering von 9 auf 10 Prozent, Weiler ter Meer von 7 auf 8 Prozent, Ver. chemische Werke Charlottenburg von 16 auf 20 Prozent und Elberfelder Farben-Fabrik von 24 auf 45,3 Prozent.

Wenn man sich die Rentabilitätszahlen vergegenwärtigt, dann erst bekommt man einen rechten Begriff von der Begehrlichkeit und dem Mangel sozialen Gefühls bei den Kapitalisten der chemischen Industrie. Sie gehören zu den wütendsten Scharmachern, zu den schlimmsten Hebern gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt. Die Reichsverversicherungsordnung, die wahrlich kein Dokument von Arbeiterfreundlichkeit darstellt, demuzieren sie als den Anfang mit der konstitutionellen Fabrik, sie erraffen märchenhafte Dividenden und behaupten, die sozialen Lasten müßten mit unfehlbarer Sicherheit ihren Untergang herbeiführen. Wegen dieser Lasten ist allerdings noch kein Unternehmen der chemischen Industrie ausgewandert, aber aus Anlaß der „Schutz-der-nationalen Arbeit“-Politik, der Zollpolitik, hat eine Reihe Unternehmen im Auslande Filialen errichtet. Für die Schutzpolitik wird man doch wohl die Arbeiter nicht verantwortlich machen wollen. Diese aber können aus den Vorgängen lernen. Sind doch im allgemeinen die Arbeitsbedingungen in den chemischen Fabriken weit von dem entfernt, was man billigerweise verlangen kann. Im Vergleich mit der Gesundheit zehrenden Arbeit in den meisten chemischen Werken und der ungewöhnlich hohen Verzinsung der hier angelegten Kapitalien stehen Arbeitszeit und Löhne in schreiendem Widerspruch. Die stärkere Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte in der chemischen Industrie läßt darauf schließen, daß das Unternehmertum nicht etwa an eine Hebung des Lohnniveaus denkt, sondern im Gegenteil dieses noch weiter herabzudrücken bestrebt ist. Und solche arbeitserindliche Bestrebungen werden durch die

technische Entwicklung, die immer mehr Handarbeit durch Maschinenarbeit ersetzt, sehr stark gefördert. Aus diesen Gründen müssen die Arbeiter der chemische Industrie grade jetzt, in der Zeit günstiger Verhältnisse am Arbeitsmarkt, für die Stärkung und Ausbreitung der Organisation sorgen, damit diese den Attentatsgelüsten der Unternehmer auf das Wohl der Arbeiter entgegentreten, den Forderungen ihrer Mitglieder auf Verbesserung der Verhältnisse der erforderlichen Nachdruck verleihen kann.

Friede in der Metallindustrie.

Die angebrochte Niesenauspernung in der Metallindustrie unterbleibt. Die Unternehmer sind zurückgekehrt, haben ihre grundsätzliche ablehnende Stellung aufgegeben und nicht unerhebliche Zugeständnisse gemacht. Das ist ein bedeutender Erfolg für die Arbeiter. Bedeutend weniger wegen der materiellen Zugeständnisse, als besonders deshalb, daß die Metallindustriellen, die bisher jede Unterhandlung mit den Arbeiterorganisationen ablehnten, gezwungen wurden, diese ablehnende Haltung aufzugeben und mit den Vertretern der Arbeiter als mit gleichberechtigten Faktoren zu verhandeln. Neben diesem grundsätzlichen Erfolg fällt auch der rein materielle, wenn er auch nicht alle Ansprüche der Arbeiter erfüllt, erheblich ins Gewicht. Obwohl die Werksherren auf die Einreichung der Forderungen erwiderten, daß sie nicht nur keine Lohnerhöhung geben, sondern eigentlich die bisherigen Löhne noch ermäßigen müßten, haben sie sich zu einer Lohnerhöhung verstehen müssen. Auch eine wenn auch unerhebliche Verzögerung der Arbeitszeit wurde zugestanden, obwohl eine solche zuerst „grundsätzlich“ und mit aller Entschiedenheit verweigert wurde. Wir geben den Hauptinhalt der getroffenen Vereinbarungen nachstehend wieder:

Die Arbeitszeit wird vom 1. Januar 1911 in Hamburg auf 56 Stunden und in den übrigen Werkorten auf 56 Stunden pro Woche verkürzt. Bisher dauerte die Arbeitszeit in Hamburg 56 und in den andern Orten mit wenigen Ausnahmen 57 Stunden wöchentlich. Der Ausgleich dieser Zeitverlängerung erfolgt durch eine Zulage von einem Pfennig auf den Stundenlohn. An den Tagen vor Weihnachten, Ostern, Pfingsten und Neujahr ist zwei Stunden früher Feierabend.

Die Einstellungsldhne bei den Hamburger Werken der Gruppe deutscher Seeschiffswerken werden bei der Wiederaufnahme der Arbeit um 2 Pfg. pro Stunde erhöht mit der Maßgabe, daß der niedrigste Einstellungslohn irgendeines volljährigen Arbeiters 40 Pfg. pro Stunde beträgt. Außer dieser Konzession in den Einstellungsldhnen wird eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter um 2 Pfg. pro Stunde bewilligt. Dieselben Zugeständnisse machen die nicht Hamburgischen Werken der Gruppe deutscher Seeschiffswerken, jedoch mit der Einschränkung, daß der niedrigste Einstellungslohn für diese Werken der örtlichen Vereinbarung vorbehalten bleibt. Am 1. Januar 1911 wird überall die wöchentliche Lohnzahlung, und zwar am Freitag, eingeführt. (Hierbei ist zu bemerken, daß in Stettin bisher 14-tägliche Lohnzahlung üblich war. Auf den übrigen Werken war die wöchentliche Lohnzahlung schon durchgeführt, jedoch erfolgte die Auszahlung Sonnabends.)

Grundsätzlich werden die Afordersätze auf allen Werken so gestellt, daß der Arbeiter bei fleißiger Arbeit einen feinen Lohn übersteigenden Verdienst erzielen kann. Afordersätze, die bei fleißiger Arbeit und richtiger Angabe der auf die Ausführung der Arbeit verwendeten Zeit keinen den Lohnjah übersteigenden Verdienst belassen, sollen von den Werken richtiggestellt werden. Bei Entlassungen oder freiwilligem Austritt aus der Arbeit ist dem Arbeiter der etwaige Aforderschuß unberührt auszuzahlen, wenn das Ausschneiden des Arbeiters stattfindet aus einer Afordersarbeit, die er sechs Wochen oder länger vor seinem Austritt begonnen hat.

Die Auszahlung des Aforderschußes erfolgt bei kurzen Afordern nach Fertigstellung derselben bei der nächsten Lohnzahlung. Die länger andauernden Afordere sollen möglichst befristet werden. Für Ueberstunden soll ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacht-, Sonn- und Festtagsarbeit sollen 50 Prozent Zuschlag zu dem Stundenlohn bezahlt werden. Diese Entschädigung wird sowohl bei Lohn- wie bei Afordersarbeit bezahlt. Als Ueberstunden gelten die ersten beiden, sich an die reguläre Arbeitszeit anschließenden Stunden, sowie das Arbeiten in den Pausen. Wird über die ersten beiden Stunden hinaus noch länger gearbeitet, so sind sämtliche Ueberstunden, auch die beiden ersten, als Nachstunden zu entschädigen. Bei Beschäftigung bleibt es bei dem bisherigen Zuschlag. (Bisher wurden 50 Prozent Zuschlag bezahlt.) Der Arbeiter darf nicht länger als zwei für die betreffende Werk übliche Arbeitsstunden beschäftigt werden. Die gezieligen Arbeiterzuschüsse sind von beiden Seiten streng einzuhalten. Ueberprüfende Bestimmungen der Arbeitsordnungen müssen mit den Vereinbarungen in Einklang gebracht werden. Günstigere Arbeitsbedingungen sollen durch diese Vereinbarungen nicht berührt werden. Als Vermittlungsinstanz zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft des Betriebes wird ein ständiger Arbeiterausschuß nach den Bestimmungen des § 134 k Abs. 4 der Gewerbeordnung gewählt, die Neuwahl erfolgt nach Ablauf eines Kalenderjahres und soll in der Verhältniswahl stattfinden. Wiederwahl ist zulässig.

Vereinbart wurde ferner, daß in den Werkorten paritätische Kommissionen möglichst sofort zusammenzutreten sollen, um die noch notwendigen Vereinbarungen für die einzelnen Orte in bezug auf Einstellungsldhne usw. zu treffen. Insbesondere ist es notwendig, die bisherige Höhe der Einstellungsldhne zu ermitteln, auf die dann der vereinbarte Zuschlag erfolgt.

Die Arbeit soll auf allen Werken am Montag, dem 10. Oktober, ohne Benutzung des Arbeitsnachweises und ohne ärztliche Untersuchung wieder aufgenommen werden. (Ob das geschehen ist, läßt sich bei Abschluß dieser Nummer noch nicht mitteilen. In Hamburg und Lübeck wurden die Zugeständnisse gegen starke Widerstände angenommen, aus den übrigen Werkorten liegen Nachrichten noch nicht vor.)

Das Ergebnis der Verhandlungen ist, wie schon oben gesagt, ein in seiner grundsätzlichen Bedeutung sehr hoch zu veranschlagender Sieg der Arbeiter. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat ein „Prinzip“ nach dem andern über Bord werfen müssen. Zwar weisen die Vertreter der Unternehmungen es auch jetzt wieder weit von sich, etwa mit den Arbeiterorganisationen einen Tarifvertrag abzuschließen, daß aber mit den Organisationen feste Vereinbarungen getroffen werden sollten, dagegen wandten sie sich nicht mehr. So kamen denn die Vereinbarungen zustande, die sich von einem Tarifvertrag nur dadurch unterscheiden, daß sie nicht auf eine bestimmte Zeitdauer festgelegt wurden, und daran haben die Arbeiter, wie die Dinge liegen, absolut kein Interesse.

Man beachte s. B. folgende Zahlen. Der Verband veranlagte für Rechtschutz:

Table with 4 columns: Jahr, Bei einer Mitgliedszahl im Jahresdurchschnitt von, überhaupt in Mark, pro Mitglied in Pfennig.

Es ist vollständig ausgeschlossen, daß die Ausgabe für Rechtschutz in einem solchen Umfange gestiegen sein kann. Eine derartige Ausgabe für Rechtschutz wäre einfach ungeheuerlich.

Aber diese mehr als unerklärliche Steigerung der Rechtschutz-Ausgabe, über die sich die „Gewerkschaftsstimme“ in allen Sprachen ausbreitet, ist nur ein Punkt in der christlichen Finanzgeschichte, und noch nicht der dunkelste.

Table with 2 columns: Nach dem „Centralblatt“, Nach der „Gewerkschaftsstimme“.

Als kürzlich dem christlichen Bergarbeiterverband eine ähnliche Konfusion in seiner Abrechnung nachgewiesen wurde, gebrauchte er die famose Ausrede, daß sei eigentlich nicht seine Abrechnung, sondern ein „Entwurf“.

Warum im alter Welt wird aber die Abrechnung des Jahres 1908 und nicht die des Jahres 1909 veröffentlicht? In der Wollschön Broschüre wird doch ganz speziell gerade diese Abrechnung benannt!

Wir erwarten also, daß die „Gewerkschaftsstimme“ neben dem oben erbetenen auch einen solchen Aufklärungsartikel bringt und darin auch einmal die Hauptteile der Wollschön Broschüre berührt.

Die „Gewerkschaftsstimme“ verweigert sich auch gegen unsere Bemerkung, daß zahlreiche christliche Agitatoren aus der Wollschön Broschüre, die Wollschön geschrieben hat, als er noch Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“ war, ihr geistiges Hülfsmittel bezogen haben.

Wir erwarten also, daß die „Gewerkschaftsstimme“ neben dem oben erbetenen auch einen solchen Aufklärungsartikel bringt und darin auch einmal die Hauptteile der Wollschön Broschüre berührt.

Die „Gewerkschaftsstimme“ verweigert sich auch gegen unsere Bemerkung, daß zahlreiche christliche Agitatoren aus der Wollschön Broschüre, die Wollschön geschrieben hat, als er noch Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“ war, ihr geistiges Hülfsmittel bezogen haben.

Wir erwarten also, daß die „Gewerkschaftsstimme“ neben dem oben erbetenen auch einen solchen Aufklärungsartikel bringt und darin auch einmal die Hauptteile der Wollschön Broschüre berührt.

Die „Gewerkschaftsstimme“ verweigert sich auch gegen unsere Bemerkung, daß zahlreiche christliche Agitatoren aus der Wollschön Broschüre, die Wollschön geschrieben hat, als er noch Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“ war, ihr geistiges Hülfsmittel bezogen haben.

Wir erwarten also, daß die „Gewerkschaftsstimme“ neben dem oben erbetenen auch einen solchen Aufklärungsartikel bringt und darin auch einmal die Hauptteile der Wollschön Broschüre berührt.

Die „Gewerkschaftsstimme“ verweigert sich auch gegen unsere Bemerkung, daß zahlreiche christliche Agitatoren aus der Wollschön Broschüre, die Wollschön geschrieben hat, als er noch Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“ war, ihr geistiges Hülfsmittel bezogen haben.

Wir erwarten also, daß die „Gewerkschaftsstimme“ neben dem oben erbetenen auch einen solchen Aufklärungsartikel bringt und darin auch einmal die Hauptteile der Wollschön Broschüre berührt.

Die „Gewerkschaftsstimme“ verweigert sich auch gegen unsere Bemerkung, daß zahlreiche christliche Agitatoren aus der Wollschön Broschüre, die Wollschön geschrieben hat, als er noch Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“ war, ihr geistiges Hülfsmittel bezogen haben.

Wir erwarten also, daß die „Gewerkschaftsstimme“ neben dem oben erbetenen auch einen solchen Aufklärungsartikel bringt und darin auch einmal die Hauptteile der Wollschön Broschüre berührt.

nur 750 Mk. davon als Lohn, das übrige fadten direkt oder indirekt die Aktionäre ein. Mit der Verwendungs-möglichkeit der Produkte und der Vergrößerung des Absatzgebietes wuchs die Fabrik. Von 1897 bis 1907 wurden weitere 16 250 Aktien a 1200 Mk. ausgegeben, so daß das Kapital heute auf 36 Millionen Mark angewachsen ist.

Table with 10 columns: Jahr, Aktienkapital in Millionen Mark, Bruttogewinn in Mark, Abschreibungen in Mark, Dividende in Mark, Prozent, Zantiemen in Mark, Arbeiter-gewerkschaften in Mark, Reserven in Mark, Vortrag in Mark.

Hieraus ergibt sich, daß im Jahr 1908, trotz Sinken des Prozentfußes der Dividende, die ausgezahlte Summe nur um 30 000 Mark sank. Der niedere Prozentfuß der Dividende ist nur eine Folge der Erhöhung des Aktienkapitals von 21 auf 36 Millionen Mark.

Nach einige Erklärungen zu obiger Tabelle. Wollen wir den Reingewinn feststellen, so muß die Summe der Abschreibungen vom Bruttogewinn abgezogen werden. Es ergeben sich 70 890 787 Mark in den letzten 8 Jahren.

Doch zurück zur Erklärung der Gewinnsteigerung im Jahr 1909. Hierzu bemerken wir folgendes: Um die Konkurrenz unter den großen Firmen zu beseitigen und dadurch die Dividendenquelle unverflegbar zu machen, schlossen die B. A. S. F., die Elberfelder Farbwerke und die Gesellschaft für Anilinfabrikation in Treptow eine Interessengemeinschaft.

Bei der am 1. Januar 1905 auf 50 Jahre gültigen Interessengemeinschaft, die jede Konkurrenz der beteiligten Firmen ausschließt, behält jede Gesellschaft ihre selbständige Organisation und handelt Dritten gegenüber unter alleiniger Haftbarkeit.

Die gegenseitigen Gewinne werden alljährlich nach gleichen Grundätzen ermittelt, zusammengeschüttelt und unter Beseitigung etwaiger Ungleichheiten in den Vermögenswerten geteilt.

Als gemeinschaftliches Organ besteht ein Delegationsrat, welchem alle wichtigen und gemeinschaftlich zu erledigenden Fragen vorzulegen sind. Vom gesamten erzielten Gewinn erhalten die B. A. S. F. und die Elberfelder Farbwerke je 43 Prozent, die Treptower Anilinfabrik 14 Prozent.

In genau demselben Verhältnis sind diese Werke an der Erwerbung der Kohlenzeche „Auguste Viktoria“ und an der Erwerbung und dem Ausbau des Njukanfalles und der Fabrikation von Luftjapeter in Norwegen beteiligt.

Auch die englische Fabrikanlage, welche 1908 in Betrieb genommen wurde, wurde unter gleichen Verhältnissen fundiert. Deutlich läßt sich aus Vorstehendem das Streben der chemischen Kapitalisten nach umfassender Organisation nachweisen.

Was die chemischen Großindustriellen schnell begriffen, setzte sich bei den Arbeitern nur sehr langsam durch. Jahrelang hat die Arbeiterklasse der B. A. S. F. sich ausbeuten lassen, ohne zu murren.

Seit 1890 stiegen die Lebensmittelpreise, während die Lohnsteigerung nicht gleichen Schritt hielt. Im Winter 1905, vor Inkrafttreten des neuen Zolltarifs, wurden die Arbeiter aufs äußerste angefaßt; im Januar 1906 kam es zum Aufstand: Die Arbeiter erreichten nach einem teilweisen ein-tägigen Ausstand eine 15prozentige Lohnaufbesserung und Einführung eines Arbeiterausschusses.

Der neugewählte Ausschuss konnte jedoch seine Tätigkeit nur kurze Zeit ausüben. Die Anilinherren wollten auf die Dauer keine Gleichberechtigung der Arbeiter. Warum, werden wir gleich erfahren.

In der B. A. S. F. wurden die Arbeiter in andern Betrieben untergebracht, sobald die Fabrikation eines Produktes eingestellt oder eingeschränkt wurde. Arbeit-er, die sich etwas zuschulden kommen ließen, wurden gleichfalls so „verhaftet“.

Sie bekamen einen sogenannten Leber-trittschwein. Unfreiwillig Besetzte bekamen meist nicht den alten Lohn weiter, sondern mußten von vorn anfangen. Dadurch hatte die Direktion ein gutes Mittel, Lohnsteigerungen illusorisch zu machen.

Wer mit seinem Vorgehen zufrieden war, brauchte derartige Erfahrungen nicht zu machen. Bauernpfed oder Dörrfleisch und sogenannte Hausmacherwürst waren beliebte Geschenke der auf dem Lande wohnenden Arbeiter, um sich bei manchen Aufsehern in angenehme Erinnerung zu bringen, während andererseits manche in Ludwigshafen wohnende Arbeiter mit verschiedenen Herren Aufsehern und Vorarbeitern sich ab und zu ein kleines Be-

gelage gestatteten, um derartige Betriebsgewaltige bei guter Laune zu erhalten. Die Lohnsteigerung, die Heranziehung zu Ueberstunden und Gutmachgelber blieben nicht aus; die gefestigten Arbeiter durften, so oft sie Lust hatten, eine Viertel- oder 24 Stunden machen. — So war's einmal! — Nach der Lohnbewegung wehte ein anderer Wind in der Fabrik. Mancher Streikführer mußte hüßen; er wurde in einen schlechteren Betrieb geschickt. Der Arbeiterauschuss versuchte durchzudrücken, daß Uebertretenden der alte Lohn gezahlt wurde. Auch die Gewährung von Urlaub an Oisterarbeiter sollte der Verwirklichung entgegengeführt werden. Die Firma hatte für derartige Anregungen nur ein kategorisches „Nein“! Nur die gewünschten achtägigen Ferien führte

Table with 10 columns: Jahr, Aktienkapital in Millionen Mark, Bruttogewinn in Mark, Abschreibungen in Mark, Dividende in Mark, Prozent, Zantiemen in Mark, Arbeiter-gewerkschaften in Mark, Reserven in Mark, Vortrag in Mark.

Hieraus ergibt sich, daß im Jahr 1908, trotz Sinken des Prozentfußes der Dividende, die ausgezahlte Summe nur um 30 000 Mark sank. Der niedere Prozentfuß der Dividende ist nur eine Folge der Erhöhung des Aktienkapitals von 21 auf 36 Millionen Mark.

Nach einige Erklärungen zu obiger Tabelle. Wollen wir den Reingewinn feststellen, so muß die Summe der Abschreibungen vom Bruttogewinn abgezogen werden. Es ergeben sich 70 890 787 Mark in den letzten 8 Jahren.

Doch zurück zur Erklärung der Gewinnsteigerung im Jahr 1909. Hierzu bemerken wir folgendes: Um die Konkurrenz unter den großen Firmen zu beseitigen und dadurch die Dividendenquelle unverflegbar zu machen, schlossen die B. A. S. F., die Elberfelder Farbwerke und die Gesellschaft für Anilinfabrikation in Treptow eine Interessengemeinschaft.

Bei der am 1. Januar 1905 auf 50 Jahre gültigen Interessengemeinschaft, die jede Konkurrenz der beteiligten Firmen ausschließt, behält jede Gesellschaft ihre selbständige Organisation und handelt Dritten gegenüber unter alleiniger Haftbarkeit.

Die gegenseitigen Gewinne werden alljährlich nach gleichen Grundätzen ermittelt, zusammengeschüttelt und unter Beseitigung etwaiger Ungleichheiten in den Vermögenswerten geteilt.

Als gemeinschaftliches Organ besteht ein Delegationsrat, welchem alle wichtigen und gemeinschaftlich zu erledigenden Fragen vorzulegen sind. Vom gesamten erzielten Gewinn erhalten die B. A. S. F. und die Elberfelder Farbwerke je 43 Prozent, die Treptower Anilinfabrik 14 Prozent.

In genau demselben Verhältnis sind diese Werke an der Erwerbung der Kohlenzeche „Auguste Viktoria“ und an der Erwerbung und dem Ausbau des Njukanfalles und der Fabrikation von Luftjapeter in Norwegen beteiligt.

Auch die englische Fabrikanlage, welche 1908 in Betrieb genommen wurde, wurde unter gleichen Verhältnissen fundiert. Deutlich läßt sich aus Vorstehendem das Streben der chemischen Kapitalisten nach umfassender Organisation nachweisen.

Was die chemischen Großindustriellen schnell begriffen, setzte sich bei den Arbeitern nur sehr langsam durch. Jahrelang hat die Arbeiterklasse der B. A. S. F. sich ausbeuten lassen, ohne zu murren.

Seit 1890 stiegen die Lebensmittelpreise, während die Lohnsteigerung nicht gleichen Schritt hielt. Im Winter 1905, vor Inkrafttreten des neuen Zolltarifs, wurden die Arbeiter aufs äußerste angefaßt; im Januar 1906 kam es zum Aufstand: Die Arbeiter erreichten nach einem teilweisen ein-tägigen Ausstand eine 15prozentige Lohnaufbesserung und Einführung eines Arbeiterausschusses.

Der neugewählte Ausschuss konnte jedoch seine Tätigkeit nur kurze Zeit ausüben. Die Anilinherren wollten auf die Dauer keine Gleichberechtigung der Arbeiter. Warum, werden wir gleich erfahren.

In der B. A. S. F. wurden die Arbeiter in andern Betrieben untergebracht, sobald die Fabrikation eines Produktes eingestellt oder eingeschränkt wurde. Arbeit-er, die sich etwas zuschulden kommen ließen, wurden gleichfalls so „verhaftet“.

Sie bekamen einen sogenannten Leber-trittschwein. Unfreiwillig Besetzte bekamen meist nicht den alten Lohn weiter, sondern mußten von vorn anfangen. Dadurch hatte die Direktion ein gutes Mittel, Lohnsteigerungen illusorisch zu machen.

Wer mit seinem Vorgehen zufrieden war, brauchte derartige Erfahrungen nicht zu machen. Bauernpfed oder Dörrfleisch und sogenannte Hausmacherwürst waren beliebte Geschenke der auf dem Lande wohnenden Arbeiter, um sich bei manchen Aufsehern in angenehme Erinnerung zu bringen, während andererseits manche in Ludwigshafen wohnende Arbeiter mit verschiedenen Herren Aufsehern und Vorarbeitern sich ab und zu ein kleines Be-

Aus der chemischen Industrie. B. A. S. F.

Die B. A. S. F. wurde 1865 mit 2 380 000 Mk. Kapital gegründet. Durch wiederholt vorgenommene Erhöhungen stieg es bis zum Jahre 1897 auf 16 500 000 Mk. An Reingewinn wurden in der Zeit von 1880 bis 1891 zusammen 66 108 247 Mk. erzielt. Davon wurden 29 468 000 Mk. als 12- bis 22prozentige Dividende an die Aktionäre verteilt, während die überschüssende Summe für Abschreibungen und Reserven verwandt wurde.

Aus der Zuckerindustrie. Ungesetzliche Praktiken der Zuckerberufsgenossenschaft.

Die von Jahr zu Jahr gegen Invalidenrentner vorgenommenen Kontrolluntersuchungen der Landesversicherungsanstalten im Deutschen Reich seitens der hierzu beorderten Kreisärzte und die damit verbundenen selbstverständlichen Rentenentziehungen sind der Arbeiterschaft nicht unbekannt geblieben. War es doch die Deutsche Reichsregierung, welche für das Jahr 1907 nicht weniger als 827 250 Mark an Invalidenrentenbeträgen gespart wissen wollte und 16 545 Personen sollten weniger als sonst in diesem Jahre damit bedacht werden. Diese Verfügung bzw. Anweisung wurde fast alljährlich seitens der Reichsregierung den Landesversicherungsanstalten in Erinnerung gebracht und um möglichste Innehaltung dieser „Sparmaßnahme“ ersucht, trotzdem über ein Duzend Millionen Mark für diesen Fonds vorhanden sind, die aber anscheinend zu andern Zwecken verwendet werden sollen.

Neuerdings gehen nun die Berufsgenossenschaften gegen Unfallverletzte resp. Unfallrentenempfänger nicht nur in derselben Weise vor, sondern in einem bedeutend verschlimmertem Maße. Anscheinend sind die Berufsgenossenschaften jetzt noch mehr als bisher der Ansicht geworden, daß den Verletzten zu „hohe Unfallrenten“ gewährt werden, trotzdem alljährlich eine große Anzahl aus Mangel an Nahrungsmitteln und Verzweiflung herbeigeführte Selbstmorde von Unfallverletzten zu konstatieren sind. Aber was geht dieses die Berufsgenossenschaften an, denn das Kapital schreckt selbst vor Arbeiterblut auf diesem Gebiete nicht mehr zurück, sondern es muß weiter verflucht werden, noch günstigeren Jahresabläufe auf Kosten der Unfallrentenempfänger — die Ärmsten der Armen — zu erzielen. Auf diesem Gebiete scheint sich in erster Linie die Zuckerberufsgenossenschaft zu Berlin auszuzeichnen zu wollen, denn sie hat ein Rundschreiben an die Ärzteschaft verschiedener Klein- und Großstädte Deutschlands gerichtet bzw. versandt, welches in mehrfacher Hinsicht sehr interessant, aber für die Unfallverletzten bei Gelingen dieses Planes sehr bedauerlich ist, so daß es der Arbeiterschaft nicht vorenthalten werden darf. Es wirft ein unangenein bezeichnendes Licht auf die Denkweise und Absichten gewisser Kreise und ihre Einschätzung der Unfallverletzten und auch des ärztlichen Standes! Lassen wir also diese Berufsgenossenschaften selbst sprechen, wie Geseß und Recht mit Füßen getreten und die Unfallverletzten — einschl. Ärzteschaft — drangsaliert und gepöbelt werden sollen.

Berlin, 4. Februar 1910.

„Es wird beabsichtigt, in der Untersuchung der Rentenempfänger der diesseitigen Berufsgenossenschaft insofern eine Aenderung eintreten zu lassen, als wir die Verletzten nicht mehr einzeln, sondern in größerer Anzahl an bestimmten Orten in Gegenwart eines Beamten unserer Verwaltung untersuchen lassen. Der Untersuchung müßte die Ausfüllung einer Formularbeilage nach beiliegendem Muster folgen. Wir beabsichtigen, zu den Untersuchungsterminen nicht nur Rentenempfänger, sondern auch Verletzte mit frischen Schäden heranzuziehen, um mit dem Arzt beurteilen zu können, ob besondere Maßnahmen innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall zu treffen sind.“

Wir gestatten uns die Anfrage, ob Sie bereit sein würden, auch in dieser Weise für uns tätig zu sein und sich mit der Unterfertigung in Aussicht genommenen Entschädigung von 3 Mark für jede Untersuchung (einschließlich der Bescheinigung) einverstanden erklären. Obgleich Sie jetzt in der Regel für eine Begutachtung 10 Mk. berechnen, würden Sie an Ihrer Gesamteinnahme voraussichtlich keinen Schaden haben, weil wir Ihnen eine größere Anzahl von Verletzten zuführen würden. Außerdem würde das in Aussicht genommene Verfahren für Sie insofern eine Erleichterung bedeuten, als die Vorladungen der Verletzten von hier aus erfolgen und auch die Rücksendung der Akten und Gutachten Ihnen nicht mehr obliegen würden.

Ihrer baldgefalligen Äußerung sehen wir ergebenst entgegen.

Hochachtungsvoll
Zuckerberufsgenossenschaft.

Diesem vorstehenden Rundschreiben liegt das folgende Gutachtenformular bei:

Bericht über die vorgenommene Untersuchung des welcher für die Folgen des am erlittenen Unfalls eine Rente von Prozent bezieht.

Fragen:

1. Angaben des Verletzten über noch vorhandene Unfallfolgen?
2. Welche Folgen des vorbeschriebenen Unfalls sind noch vorhanden?
3. Inwiefern ist gegenüber dem für die Rentenbemessung maßgebend gewesenen Befunde (Bl. . . .) eine wesentliche Besserung eingetreten?
4. Inwiefern ist trotz des fehlbaren Nachweises einer objektiven Besserung eine Steigerung der Erwerbsfähigkeit infolge eingetretener Gewöhnung anzunehmen?
5. In welchem Grade — in Prozenten ausgedrückt — ist der Untersuchung unter Berücksichtigung der über seine Arbeitsleistung eingegangenen Auskunft (Bl. . . .) infolge des oben beschriebenen Unfalls noch als erwerbsbeeinträchtigt anzusehen?
6. Ist eine weitere Besserung zu erwarten, wann und wodurch?

Wie aus diesem vorstehenden Rundschreiben mit Formularbogen klar ersichtlich, soll mithin eine unerhörte und dem Gesetz nicht entsprechende „neue Untersuchungsmethode“ für Unfallverletzte stattfinden resp. eingeführt werden. Es soll der Arzt nicht mehr Sachunterstützung einzelner Unfallverletzter vornehmen, sondern nur noch in größerer Anzahl an bestimmten Tagen in Gegenwart eines Beamten der Berufs-

genossenschaft! Anscheinend ein Plan nach dem System der Militäruntersuchungen! Hierzu wird ein nach Schema F angefertigter und klügelig ausgedachter Formularbogen zur Verfügung gestellt, worin nicht nur die Resultate der Rentenempfänger, sondern die Untersuchungsergebnisse Verletzter mit frischen Schäden herangezogen und eingetragen werden sollen! Selbstverständlich soll neben diesen somit erzielten Rentenquotierungen zum Schaden der Unfallverletzten — eine andre Bezeichnung ist hierfür nicht angebracht — auch das bisherige Honorar von 10 auf 3 Mark. (also um 70 Prozent) für die Ärzteschaft herabgedrückt werden. „Herrliche Aussichten“ für die Arbeiter- und Ärzteschaft sind somit vorhanden, wenn sich hierzu letztere hergeben sollte. Hoffentlich lehnt die gesamte Ärzteschaft ein solches Aninnen ab im Interesse ihres Ansehens! Die Arbeiterschaft wird mit Entschiedenheit infolge der hiermit verbundenen Ungesetzlichkeiten (Gegenwart eines Beamten der Berufsgenossenschaft bei der ärztlichen Untersuchung usw.) hiergegen protestieren. Das Untersuchungsamt eines Arztes, in welchem sich bisher lediglich Arzt und Kranter gegenüberstanden, soll nunmehr als „Rentenquotieranstalt“ durch Hinzuziehung und Beeinflussung eines Vertreters der Berufsgenossenschaft in ihrem alleinigen Interesse herabgewürdigt werden! Wo bleibt hier auch die dem Arzt obliegende Schweigepflicht?

Trotzdem die ärztliche Gebührenordnung für Untersuchung und begründetes Gutachten eine Minimaltaxe von 9 Mark vorsieht, wagen es die Berufsgenossenschaften, sie auf 3 Mark herabzudrücken! Es wird allerdings hierfür der Ärzteschaft der Warenhausstandpunkt für wissenschaftliche Gutachterleistungen angeboten mit dem Prinzip: „Die Masse muß es bringen!“ Hieraus ergibt sich, daß es den Berufsgenossenschaften um ernste, objektive und wertvolle Gutachten nicht zu tun ist, sondern fabrikmäßig soll „untersucht und begutachtet“ werden im Interesse des Geldbeutels der Berufsgenossenschaften und zum Nachteil der Unfallverletzten. Unser Wissen sagt seit ca. 1 1/2 Jahren im Vorstand der Zuckerberufsgenossenschaft als Leiter ein ehemaliger, jetzt pensionierter Geheimrat und Richter des Reichsversicherungsamts! Es wäre deshalb schon interessant, zu erfahren, ob er der „Vater“ dieses Entwurfes ist, welchen verschiedene Berufsgenossenschaften sich als Grundlage bereits genommen haben, um den Ärmsten der Armen noch größere Qualen anferlegen zu können in Zukunft und auch hierdurch noch mehr Verletzte zur Verzweiflung zu treiben Gelegenheit finden dürften.

Wenn in dieser Weise durch Hinzuziehung der Berufsgenossenschaftsvertreter diese ungesetzhafte Untersuchungsmethode durchzuführen versucht wird, so soll die Arbeiterschaft diese Umgehungen zurückweisen, andernfalls die Untersuchung auch sofort ablehnen, um beschwerdeführend zu erfahren, wie sich das Reichsversicherungsamt als Aufsichtsinstitut der Berufsgenossenschaften in dieser Frage stellen wird. Die Berufsgenossenschaften stellen heute noch keine Behörden dar, mithin sind deren Angehörte keine vereideten, sondern Privatbeamte, also nur eine Beamtenkategorie wie in jedem andern Privatbetriebe, so daß sie zurückgewiesen werden können bei derartigen Untersuchungsmethoden! Dagegen darf eine ärztliche Nachuntersuchung sonst auf Ersuchen der Berufsgenossenschaften seitens des Verletzten nicht abgelehnt werden, wenn nur der Arzt zugegen ist, aber die Hinzuziehung der Berufsgenossenschaftsvertreter bei der ärztlichen Untersuchung berechtigt die Ablehnung dieser Untersuchung. Ferner sind auch die behandelnden Ärzte bei den neuen Rentenfestsetzungen zu hören, so daß auch in dieser Beziehung eine Umgehung der gesetzlichen Vorschriften seitens der Berufsgenossenschaften in obiger Methode zu erblicken ist. Diese neuen Maßnahmen der Berufsgenossenschaften gegen Unfallverletzte sind unerhört, und es wäre Pflicht des Reichsversicherungsamts, hier einzuschreiten. Was würden höhere Beamte, welche sich in den Genuss ihrer Pension und zur Ruhe setzen wollen, sagen, wenn zu derartigen ärztlichen Begutachtungen und Untersuchungen dritte Personen — also noch höhere Beamten als Vorgesetzte — zugegen sein und diesbezügliche Fragen stellen würden? Wenn wirklich gleiche Rechte im Staate vorhanden sein sollen, woran wir ja immer mit Recht gezwweifelt haben, so müßte demnach mit gleichem Maße doch hier gemessen werden; denn wird es bei Unfallverletzten gestattet werden seitens der Aufsichtsinstitution für die Zukunft, so müßte es bei allen Beamtenkategorien auch Platz greifen können!

Vorläufig sind aber diese ungesetzhafte und unerhörten Untersuchungsmethoden im Interesse der Arbeiterschaft und der Unfallverletzten und aber auch im Interesse des bisherigen Vertrauens der Ärzte zum Kranken entschieden zurückzuweisen. Es gilt daher, daß die Arbeiter die erwähnten Berufsgenossenschaften sich besonders ansehen, um Unfallverletzte dieser Arbeiterkategorie rechtzeitig aufklärend zur Seite stehen zu können. Tun sie es nicht in dem erforderlichen Maße, so werden weitere andre Berufsgenossenschaften mit derselben Methode folgen, und das wäre zum Schaden unserer Verletzten sehr zu bedauern. Ebenso mögen aber auch unsere Parlamentsvertreter bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung diese erwähnten Tatsachen berücksichtigen, damit derartigen Ungesetzlichkeiten für die Zukunft ein für allemal als beseitigt angesehen werden können.

Der Wille der Fabrikleitung.

Eine Jubelfeier veranstaltete am 25. September der Gesangverein der Zuckerfabrik in Frankenthal. Es ist nicht ohne Nutzen, zu lesen, was über diese Jubelfeier in der bürgerlichen Presse zu lesen ist. Die Festschrift hielt der 1. Vorstand des Vereins, Herr Portier Gering, der natürlich den Chef des Hauses, Kommerzienrat Karcher, über den grünen Klee lobte. Selbstverständlich soll nicht nur der Gesang gepflegt werden, sondern — und das schien ihm der Kernpunkt zu sein:

„Mit Liebe pflegten wir auch die Vaterlandsliebe, den Glauben an Gott, die Achtung vor den Vorgesetzten und der Autorität. 1895 machte der Verein eine Krise durch, die hervorgerufen wurde durch die Meinung, daß nach dem Ableben des Herrn Kommerzienrats Philipp Karcher niemand mehr ein Interesse an dem Bestehen unseres Vereins habe. Aber sie ging vorüber und dieses Jahr haben wir die Höchstzahl der Mitglieder von 420 erreicht. Wir waren nicht allein bestrebt, nach den Wünschen unserer Mitglieder zu handeln, wir waren auch bestrebt, das Ansehen unserer Fabrik zu erhalten. Der Wille und die Meinung der Fabrikleitung war bei allen Beschläffen maßgebend.“

In diesem munteren Strome plätscherte die Rede des Herrn Gering weiter. Kein Wunder, daß diese sehr allmählich Aussicht auf eine rasche Karriere gewinnt. Im Augenblicke zeigen diese Reden nicht gerade von einer freien Gesinnung, wie sie eines Mannes würdig sein soll, der den Mut hat, auch gegen den Willen der Fabrikleitung eine eigene Meinung zu haben. Wir müßten es den Arbeitern durchaus nicht, wenn sie den Gesang pflegen. Wir würden es aber lieber sehen, wenn die Fabrikleitung in Lohnfragen denselben wohlwollenden Standpunkt einnehmen würde. Doch da Karcher's bebenlich. Wahrscheinlich denkt die Fabrikleitung: „Lohnfragen sind Nachfragen. Da machen wir nicht mit und pfeifen auf die Meinung der Arbeiter.“ Solange aber für die Arbeiter „der Wille der Fabrikleitung bei allen Beschläffen maßgebend“ ist, wird es auch so bleiben. Erst wenn die Arbeiter sich darauf besinnen, daß sie als Menschen auch einen eigenen Willen haben müßten und sich bei ihren Beschläffen von diesem ihren eigenen Willen leiten lassen müssen, ist die Voraussetzung einer durchgreifenden Besserung des Arbeitsverhältnisses gegeben.

Sildesheim.

Die Sildesheimer Zuckerraffinerie war früher als Aktiengesellschaft eingetragen; damals stellten die Aktionäre, während die Arbeiter zu Tagelöhnen von 1,80 Mk. schufteten, 70 Proz. Dividende ein. Bald danach wurde der Betrieb in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. In Sildesheim pfeifen sie die Späßen von den Dächern, daß die Umwandlung nur deshalb erfolgte, damit die Riesengewinne der Aktionäre nicht mehr so bekannt wurden wie ehemals. Von damals bis heute hat sich nun so manches geändert, vor allen Dingen unter den Arbeitern. Während früher die Organisation unter den Arbeitern nicht so recht Fuß faßte, weil die Arbeiter allzu klug den Versprechungen der Direktion trauten, hat heute die Organisation den größten Teil der Arbeiter erfaßt. Der Erfolg war, daß wiederholt auf Drängen der Organisation Lohnaufbesserungen erfolgten.

Für einen Teil der Arbeiter ist nun auch in diesem Jahre bereits ein Erfolg zu verzeichnen gewesen. Für den übrigen Teil wurden jetzt gelobte Forderungen eingereicht. Die Hoffnungen der Arbeiter wurden aber, trotzdem die Forderungen sehr mäßig waren, schwer enttäuscht. Eine Kommission verhandelte mehrmals ohne jeden Erfolg. Bei den Verhandlungen äußerte sich der Direktor, Herr Dr. Siegeri, wenn's nach ihm ginge, so müßten die Arbeiter nochmal soviel verdienen, da die Raffinerie jetzt aber ohne Gewinn arbeite, so könnte er nicht mehr bewilligen. Solche Versicherungen sind nun nicht allzu wörtlich zu nehmen. Nur auf den, der keine Ueberflucht über den Stand des Wirtschaftens hat, wird der Hinweis auf die angeblich geringen Gewinne in der Zuckerindustrie Eindruck machen. Die Organisationsleitung versuchte dann durch Vermittlung des Gewerbegerichts die Verhandlungen weiterzuführen, aber ohne jeden greifbaren Erfolg. Der Herr Dr. Siegeri ließ der Organisationsleitung durch den Vorsitzenden des Gewerbegerichts jetzt plötzlich erklären, daß er, da er die jetzigen Löhne für hoch genug halte, die Vermittlung des Gewerbegerichts ablehnen müsse. Also erst müßten die Arbeiter nach Ansicht des Herrn Dr. Siegeri nochmal soviel verdienen, und dann sind plötzlich die Löhne hoch genug. Eine Erklärung für diese Wandlung haben wir vergeblich gesucht. Da in der Fabrik nun auch ein Arbeiterausschuß besteht, war Herr Dr. Siegeri gnädig genug, den Arbeitern erklären zu lassen, daß, wenn sie jetzt noch Wünsche hätten, der Arbeiterausschuß die zuständige Stelle wäre. Die Arbeiter, deren Geduld man wirklich lange genug in Anspruch genommen hatte, machten den Ausschuss denn auch mobil, aber ohne Erfolg. Wir geben uns trotzdem der Hoffnung hin, daß Herr Dr. Siegeri noch einsehen wird, daß er mit seiner grundlosen Ablehnung der Arbeiterforderungen das Interesse des Betriebes durchaus nicht wahr.

Aus der Papierindustrie. Aus einem schwarzen Winkel.

Die Zellulosefabrik „Feldmühle“ in Coelz (Oberschlesien) wird wieder einmal als Wohlthäterin gepriesen. Anlässlich des 25jährigen Bestehens der Gesellschaft hat die Direktion dem Beamten-Pensionsfonds und dem Arbeiter-Fürsorgefonds — man beachte die feine Scheidung — je 25 000 Mk. überwiesen. Außerdem haben die Armen der Stadt Viebau 500 Mk. — fünfhundert Mark — erhalten. Und wegen dieser „Wohlthätigkeit“ erhebt die Presse ein Geschrei, als ob die Herren der Feldmühle ihren ganzen Mammon auf dem Altar der Nächstenliebe geopfert und nichts als einen Strohhaufen hinterlassen hätten. In Wirklichkeit hat sich die Direktion der Feldmühle geradezu schäbig benommen. Wenn sie schon „schenken“ wollte, dann hätte sie wenigstens ein klein wenig tiefer in die gut gefüllten Taschen greifen müssen. Eine Gesellschaft, die im letzten Jahre 400 000 Mk. Dividende an ihre Aktionäre verteilte und ihren Direktoren und Aufsichtsratsmitgliedern 80 000 Mk. Tantieme in die Taschen schüttelte, müßte sich genieren, den circa 1000 Arbeitern ganze 25 000 Mk. und den Armen der Stadt, die gewiß zum großen Teil aus ehemaligen Arbeitern der Feldmühle bestehen, ganze 500 Mk. zu überweisen, wobei noch zu beachten ist, daß die Arbeiter von den 25 000 Mk. vorläufig nichts, vielleicht nie etwas bekommen, denn der Fonds bleibt in der Verwaltung der Direktion, „Arbeiter“ mit dem Unternehmen und trägt Zinsen — für die Aktionäre.

Wie wenig die Arbeiter von der „Wohlthätigkeit“ der Firma haben und halten, geht aus einigen und zugegangenen Briefen hervor. In einem heißt es: „Von den Wohlthätigkeitsrichtungen haben die Arbeiter nichts, nur daß tüchtig Strafen abgezogen werden . . . Die Behandlung ist saumäßig, wer muddi, fliegt raus . . . Die Breite im Speisehaus sind höher als anderswo.“ Daß die Gesellschaft niedrige Löhne zahlt, versteht sich am Bande. Die Niedrighaltung der Löhne ist ja der kapitalistischen Wohlthätigkeit Zweck. Es fielen den Unternehmern in neun von zehn Fällen gar nicht ein, Geld für Wohlthätigkeitsrichtungen auszugeben, wenn sie nicht wüßten, daß es reiche Zinsen trägt. Zinsen für den Unternehmer allerdings nur; die Arbeitern trägt die „Wohlthätigkeit“ nur vermehrte Abhängigkeit, vergrößertes Elend ein. In der Feldmühle erhalten erwachsene Arbeiter 2,20 Mk. — zwei Mark und zwanzig Pfennige —, Mädchen erhalten 2,50 Mk. und Waisenkinder 2,70 Mk. pro zwölfstündige Arbeitsschicht. Durch Prämien, die in Papierfabriken als bestes Mittel zum Antreiben allgemein üblich sind, kann der mehr als magere Lohn um 30 bis

50 Pf. gesteigert werden. Arbeiterinnen erhalten 1,40 Mk. pro Tag und einige Mark Prämie pro Monat. Daß solche Löhne durch „Böhlern“ ergänzt werden müssen, oder richtiger, daß bei solchen Löhnen das Trugbild der „Böhlertätigkeit“ nötig ist, um die Arbeiter über das gar zu arme Wohlstandswesen zwischen ihrem jämmerlichen Lohn und den Kleinrenten der Aktionäre hinwegzutäuschen, ist erklärlich. Unerklärlich scheint nur, daß diese Verbummungspolitik immer noch glückt, daß die Arbeiter im 20. Jahrhundert immer noch kurzichtig genug sind, sich so abspieleten zu lassen.

Aber die Erklärung findet sich hier bald. Die „Feldmühle“ hat ihre Betriebe in Orten, die durch und durch katholisch, und zwar streng katholisch sind. Und die katholischen Kirchenhirten sind eifrig bemüht, von ihren Schäflein das „Gibt“ der Aufklärung fernzuhalten. Jeder Organisationsgedanke wird erstickt; selbst die christlichen Organisationen werden angestrichelt ferngehalten. (Wobei allerdings nicht unerwähnt bleiben soll, daß die christlichen Gewerkschaften, ihrer ursprünglichen Bestimmung als Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften eingedenk, mit ihrer Agitation nur da einlegen, wo die freien Gewerkschaften Boden gewonnen haben, aber da fortbleiben, wo die Kirchenherren glauben, noch jeden Organisationsgedanken fernhalten zu müssen, weil die Kirche noch allein imstande ist, den Profit der Kapitalisten gegen die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter zu schützen.)

Gerade in Cosel haben wir hierfür Belege in Fülle. Es war im Jahre 1907, als der katholische Kirchenfürst Kardinal Kopp der Fabrik Feldmühle einen Besuch abstattete und dabei den Wohlstandsfreude und das gute Einvernehmen lobte. Dabei ließ er auch in nicht mißzuverstehender Weise durchblicken, daß er jede Organisation der Arbeiter fernhalten möchte. Nachdem er darüber geplaudert, daß in heutiger Zeit „vielfach Unfrieden von außen hineingetragen“ und die „schränkenlose Freiheit der Vereinigung“ als Mittel zur Lösung der sozialen Wirren empfohlen wird, sagte er den Arbeitern, daß jeder einzelne von ihnen wissen müsse, „daß seine Vorgesetzten für ihn und die Seinigen ein Herz haben und daß es fremder Vermittlung wahrlich nicht bedarf, um sein Recht zu finden“. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß die Arbeiter „allen äußeren Einflüssen, welche dazu angetan seien, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu stören, kräftigen Widerstand leisten würden“. Und die kirchenfrommen Arbeiter folgten diesem Rat. Die Aktionäre der Feldmühle gedeihen dabei sehr gut und die Arbeiter — nun, die haben ja die Anwartschaft auf den Himmel.

Wie blind die Arbeiter hier noch religiösen Dogmen anhängen und wie leicht es ist, sie dabei irre zu führen, mag ein Vorgang aus den letzten Tagen zeigen. In mehreren Orten Ober-Schlesiens predigte in den letzten Monaten ein angeblicher Missionar. So auch in Cosel. Der Zulauf war hier sehr groß. Der fromme Prediger behauptete den Teufel und unterhielt sich mit den armen Seelen im Begehren in sieben verschiedenen Sprachen. Die fanatisierte Menge spendete dem begnadeten Geistlichen nicht nur Beifall, sondern auch sehr viel handfeste Gaben. Im September wurde der fromme Prediger in Cosel verhaftet. Die Polizei fand in ihm zwar keinen Geistlichen, sondern einen gesuchten Fahrraddieb. Die frommen Schäflein in Cosel ließen sich aber dadurch in ihrem Glauben an den Teufelstreiber nicht irremachen. Und als es dem Polizeipräsidenten schließlich gelang, aus dem Volksgewaltigen zu entziehen, freuten sie sich und sagten, die Engel hätten ihn befreit. — Daß in einer Gegend mit solcher Bevölkerung der Weizen kapitalistischer Profitmacher blüht, ist erklärlich. Niemand zeigt sich aber auch der Zusammenhang zwischen den Herren der Kirche und den Herren des Geldsacks deutlicher als hier. Ganz offen, ohne die sonst beliebte Verhüllung wird hier die Kirche in den Dienst des Kapitals gestellt. Selbst die schäbigen schimmigen Stroden, die von der reichgeordneten Tafel der Kapitalisten fallen und den Arbeitern gnädigst überlassen werden, müssen das gute Herz der Feldmühlendirektion beweisen, werden von den Kirchenfürsten als verblühende Wohlthätigkeit gepriesen. Und dabei sagt die Bibel: Wenn du wehst, so laß deine linke Hand nicht wissen, was die rechte tut.

Gins hätten wir fast vergessen. Die Arbeiterkassen sind zum 20jährigen Bestehen nicht nur mit dem ungeheuren, für sie unerschwinglichen und deshalb nutzlosen 25 000-Mk.-Fonds bedient worden, sondern auch noch mit andern, sehr körperlichen, von der Selbstbehauptung jedoch nicht erwünschten Dingen. Jeder erhielt nämlich ein Bierglas, die Arbeiter ein Bierzehntelglas, die Arbeiterinnen ein Dreizehntelglas. Das ist sehr hübsch. Kapital, Kirche und Alkohol, es lebe diese Dreieinigkeit! Wohlgerührten Menschenfreunden muß übel werden bei solcher Wohltat.

Die „Diag“ in Rötten.

Die „Diag“ (Zapfen-Industrie-Alten-Gesellschaft) bereitet ihrer Aktionären bessere Entschädigungen. Der letzten erschienenen Geschäftsbericht zeigt einen Verlust von 314 000 Mk. aus. Das ist zwar etwas weniger Verlust als im Vorjahr, aber für die auf letzte Dividende wartenden Aktionäre immer noch Grund genug zum Mismut, zumal die finanzielle Lage im allgemeinen für die „Diag“ schlechter geworden ist. Zur Begründung dieses erneuten Verlustes heißt es im Bericht:

„Das vergangene Geschäftsjahr wurde durch den langandauernden Nachfragemangel im Baumgewerbe und insbesondere durch den Rückgang ungenügend bedingt, daß die veräußerten Immobilien des vorangegangenen Kampfsjahres noch bis Ende 1909 in Zahlung blieben, so daß die durch den Kartellvertrag herbeigeführten besseren Verkaufsbedingungen ihre Wirkung nur während der letzten fünf Monate des Berichtsjahres ausüben konnten. Sodann hat für unsere Gesellschaft ein nachteiliger Wirkung im mehrmonatigen Bereich der Arbeiter in vier unserer größten Betriebe eingetreten.“

Der letzte Grund ist nicht weniger als durchschlagend; denn anders hätte die „Diag“ diese Streiks leicht vermeiden können, wenn sie nicht so sehr den Regeln herangekommen wäre, und zweitens hat in letzter Zeit aus Unvorsichtigkeit Stimmen laut geworden, die da meinen, die „Diag“ habe diese Streiks gewollt, ohne dieselben mit der „Diag“ noch was größes. Für das laufende Jahr wird ein beträchtlicher Gewinn erwartet; der Umsatz ist laut Bericht erheblich gestiegen. Wenn wir nicht einmal ab. Vorläufig geht's noch rüchmisch. Wie nämlich von der Verwaltung mitgeteilt wird, will die größte der 12 Ziegelmühlen, „Hansa“, aus dem Markt aussteigen. Ein entsetzliches Anzeichen ist bereits gemeldet. Angeblich hat die „Hansa“ im Markt nicht die genügende Beschäftigung gefunden und infolgedessen die Produktion eingestellt. Die Unvorsichtigkeit soll hierin die Ursache sein, daß die Fabrik sich bei der Auswahl ihres Kapitalverwalters wegen der ständigen steigenden Anforderungen aufpassen mußte. Das ist wiederum eine laune Wendung oder — eine weitere Veranschaulichung der Dummheit. Dann nach dem Aussteigen der „Hansa“ kommt die „Feldmühle“ nicht mehr nach, und die Folge ist ein erheblicher Mangel der Ziegelmühlen um die Summe von — für die Arbeiterkassen der Zapfenindustrie ist dieser Mangel jedoch nicht gefährlich, weil, wie das Verzeichnis der „Diag“ im vorletzten Jahre gezeigt hat, das, was im Jahre 1909 abgebaut wurde, in den darauffolgenden Jahren abgebaut werden soll. Es gilt also, auf den Schaden zu verzichten.

Im Zeichen des Papieres.

So leben im Zeichen des Papieres. Ein Verwertungsbüro hat den Zweck, einen Teil des Papierabfalls zu sammeln und zu verwerten. Das ist ein sehr nützliches Unternehmen, das den Umweltschutz fördert und gleichzeitig einen Gewinn bringt. Die Papierabfälle werden in kleine Stücke zerkleinert und in einem speziellen Ofen verbrannt. Die Asche wird dann als Düngemittel verwendet, während die Energie, die bei der Verbrennung entsteht, zur Erzeugung von Strom genutzt wird. Dieses Unternehmen ist ein gutes Beispiel für die Kreislaufwirtschaft und die nachhaltige Nutzung von Ressourcen.

nung verdienen die zuerst in Philadelphia, später auch bei uns auf Papier verfertigten Säcke. Das Neueste sind papierene Hülsen; nach Aussage des Erfinders sind sie leicht, halten länger als die stählernen und legen den Fuß nicht der Gefahr der Verwundung aus, da sie sich ohne Nägel befestigen lassen.

Zwei deutsche Ingenieure haben kürzlich eine neue Stoffart erfunden, eine Art verstärktes Papier, eine seltsame Komposition aus Papier, Seiden, roter Seide und Baustoff, die durch Stahldraht zusammengehalten wird. Leicht, für Feuer und Wasser gleich unangreifbar, würde dieser Stoff alle möglichen Verwendungsarten gestatten: den Bau von Paddampfern und Panzern, Automobilen und Elektrischen, Herstellung von Straßenpflaster usw. Die Verfertigung von Telegraphenstangen aus Papier ist in Angriff genommen. Neuerdings werden auch Fahrradbryematik aus Papier verfertigt. Dieselben sollen nicht nur billiger, sondern auch widerstandsfähiger sein als die aus Gummi.

Kaum hat man sich von der Verwunderung über die Papierpneumatik erholt, kommt schon wieder eine neue Kunde bezüglich der Papierverwendung über den Ozean. Der amerikanische Bank- und Trustmagnat J. P. Morgan hat eine Gesellschaft gegründet zur Ausbeutung aller Patente, welche sich auf die Fabrikation von Papierflaschen, einschließlich Milchflaschen, beziehen, auch um Maschinen an Fabrikanten solcher Flaschen zu verpachten. Es ist beabsichtigt, von jedem Tausend der mit der Maschine hergestellten Behälter dieser Art eine Abgabe von 1 Dollar zu fordern. Jede der Maschinen kostet etwa 2000 Dollar und wird voraussichtlich eine jährliche Pachteinnahme von 6000 Dollar liefern.

Weniger omeritanisch ist die Verwendung von Handtüchern aus Papier. Schon vor einer Reihe von Jahren wurde angeregt, diesem Verwendungsgebiet des Papieres Aufmerksamkeit zu schenken, da gerade für Badeanstalten usw. das Papierhandtuch eine wertvolle Verbesserung sei. Jetzt scheinen die Bemühungen zur Verfertigung eines gegen Nässe und Geruchmitteln — nützlich widerstandsfähigen Papieres zu einem brauchbaren Resultat geführt zu haben. Von mehreren Firmen zugleich werden Handtücher aus Papier angeboten.

Die Deutsche Gesellschaft für Volksbäder hat sogar schon einen Wettbewerb zur Erlangung eines preiswerten und zweckmäßigen Papierhandtuches ausgeschrieben. Aus den Bedingungen des Wettbewerbs teilen wir nachstehend die ersten beiden mit:

1. Die Handtücher müssen derartige Abmessungen haben, daß bei veränderter Handhabung eines für das Abtrocknungsverfahren genügt. Nur wenn die Industrie etwa in der Lage ist, zwei kleinere Handtücher billiger herzustellen als ein größeres, dürfen die beschriebenen Maße gewählt werden.
2. Der Papierstoff muß für seinen Zweck geeignet, d. h. wasser- und schmutzabweisend sein, ohne zu erweichen, und zäh genug sein, ohne bei der Benutzung zu zerreißen. Dabei ist vorauszusetzen, daß das Abtrocknen der Hände nicht durch Betupfen mit dem angebotenen Material, sondern wie bei Gewebstoffen durch ein maßvolles Abreiben erfolgt. Der Papierstoff darf weiter beim Zusammenlegen oder Falten nicht brechen und muß auch derartig beschaffen sein, daß er von Automaten oder ähnlichen Vorrichtungen in größeren Mengen aufgenommen und von diesen Apparaten ohne Schwierigkeit einzeln abgegeben werden kann.

Es erscheint zweifellos, daß die Papierindustrie die angegebenen Bedingungen erfüllen wird. Damit ist ihr dann ein weiteres großes Absatzgebiet erschlossen.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

— Eine Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes. Ein Ziegelfabrikarbeiter erlitt im Oktober 1908 einen Unfall, als er verbotswidrig während der Mittagspause eine Feldbahn benutzte, um von der Zongrube nach der 1 Kilometer entfernt gelegenen Ziegelei zu gelangen. Seine Ansprüche auf Unfallentschädigung wurden aber abgewiesen und vom Reichs-Versicherungsamt, als der letzten Berufungsinstanz, wurde diese Ablehnung als gerechtfertigt erklärt. In dem Urteil wird betont, daß der Arbeiter nicht bei der Ausübung einer Betriebs Tätigkeit verunglückt sei, sondern er habe nur eine Betriebs-einrichtung im Interesse der eigenen Bequemlichkeit benutzt. Der Unfall habe sich nach dem Beginn der Mittagspause ereignet, also zu einer Zeit, wo der Arbeiter nicht mehr im Betriebe tätig gewesen sei. Es habe auch keine Ursache vorgelegen, die Feldbahn zu benutzen, da die dabei erzielte Zeitersparnis nur unbedeutend sei. Der Verunglückte habe sich bei der Benutzung des zur Personenbeförderung völlig ungeeigneten Vorenzuges willkürlich und ohne zwingenden Grund einer Gefahr ausgesetzt, die der Betrieb sonst nicht geboten habe. Die Ablehnung sei deshalb zu Recht erfolgt.

Wie ausländische Ziegelfabrikarbeiter behandelt werden.

Der russisch-polnische Arbeiter Kazmarzyl klagte kürzlich gegen den Ziegelfabrikbesitzer Viertel in Freiburg i. S. auf Herausgabe seiner Kautionskaution von 30 Mk. sowie seiner Arbeitspapiere. Der Tatbestand ist folgender: Von einem jüdischen Agenten in Breslau angeworben, kam er mit seiner Frau und noch zwei weiteren Familien in die betriebslose Ziegelei. Einen Kontrakt, wonach sich die Arbeiter verpflichten, bis 1. November dort zu arbeiten, hatte die Frau des K. unterschrieben, da letzterer des Schreibens unkundig war. Die Leute erhielten dort Kost und Wohnung und der Mann monatlich 24 — 30 Mk. Lohn. Nun hatte die Frau des K. das Verbot, sich bei der Maschine zu verlegen, weshalb ihre Aufnahme in das Krankenhaus erfolgte. Nach ihrer Entlassung verweigerte Viertel ihr das weitere Wohnen sowie das Arbeiten in seinem Betriebe. Da der Arbeiter K. mit seinen 6 Mk. Wochenlohn nicht in der Lage ist, für seine Frau, welche noch nicht arbeitsfähig ist, anderweitig Wohnung und Kost zu besorgen, verlangt er seine vom Lohn unentgeltliche Kautionskaution sowie die Papiere, welche ihm Viertel vorenthalten. In der Verhandlung kam ein Vergleich zustande, wonach K. 15 Mk. und seine Papiere erhält. Die Verhandlung gehalten sich infolgedessen schwierig, indem K. kein Wort Deutsch konnte und die Frau den Dolmetscher machen mußte. Bemerkten wollen wir noch, daß in der genannten Ziegelei fast ausschließlich russisch-polnische Arbeiter beschäftigt sind, welche sehr häufig die Kautionskaution in Stücke lassen und wieder nach Rußland zurückgehen, weil die dortigen Zustände immer noch besser sein sollen, als in belagter Ziegelei.

Wohlfahrtsplage.

Anlässlich des 50jährigen Bestehens der Portlandzementwerke Mannheim-Heidelberg hat der Direktor Herz für die Arbeiter und Angehörigen des Werkes Weissenau eine Stiftung von 25 000 Mk. gemacht. Herr Herz, der in dem Zweigbetriebe Weissenau die Oberaufsicht führt, will mit seiner Stiftung für Arbeiter und Angehörige die Mittel zu Erholungsurlauben schaffen. Die Gebelungen des Herrn Herz in allen Ehren, daß aber darüber in den Zeitungen ein großes Lobgedränge ausgesprochen wird, ist uns nicht recht erklärlich. Wenn Herr Herz für seine Tätigkeit nicht besser bezahlt würde als die Weissenauer Zementarbeiter, so würde er wohl nie in der Lage sein, 25 000 Mk. zu stiften; er wäre dann, genau wie die Arbeiter, froh, sich recht und leicht durchs Leben zu schlagen. Würde man bei der Entlohnung der Arbeiter nicht gar so launisch sein, so könnten die Arbeiter auf alle „Böhlern“ der Unternehmer verzichten. Woju also die öffentliche Propaganda der Herren Wohlthäter? Es wird damit doch nur die ungleiche Verteilung des Arbeitsertrags bewiesen.

Freiwaldau.

Herr Ziegelfabrikbesitzer Sieghert Sturm ist bekanntlich ein gar schnelliger Herr, und schnellig ist auch das Regiment, das in seiner Ziegelei geführt wird. Geht es im Sommer in diesem Betrieb oft ziemlich „härmtlich“ zu, so fährt es im Herbst regelndmäßig an „indig“ zu werden. Die häufigen Arbeiterstreiken, die den Sommer über redlich bemüht waren, recht viel Hohn für ihren „Herrn“ zu sammeln, werden dann als „faules Gellendel“ bezeichnet, und um dieses „Gellendel“ über Winter los zu werden, ist man bemüht, aus den wichtigsten Begebenheiten Grundungsgründe zu konstruieren. So wurde kürzlich ein Arbeiter entlassen, weil er wegen Unwohlseins einen Tag ausgefallen war. Oßmeyer antwortet nach dem Winter verfahren: „Strainien gibt es nicht, entweder man ist gesund und arbeitet, oder man stirbt und läßt sich begraben.“ Herr Sturm ist gut, seine Schnelligkeit mehr

darauf zu verwenden, seinen Betrieb so zu gestalten, daß er allen billigen Anforderungen der Hygiene entspricht. Ist doch jetzt noch kein Trinkwasser vorhanden und auch die Unterkübelräume lassen noch sehr viel zu wünschen übrig; von den notwendigen Badeeinrichtungen wollen wir ganz absehen. Hier hat Herr Sturm noch ein großes Betätigungsfeld, hier kann er sich austoben. Ob und zu mag er sich auch einmal daran erinnern, daß es das „Gellendel“ ist, das ihm seinen Wohlstand erarbeitet. Aber auch die Arbeiter mögen daran denken, daß es „Herrn“ nur dort gibt, wo es nicht an „Ellaven“ fehlt.

— Erklärung. Die Inhaberin der Ziegelei Bernhard Bessers Wwe. in Böhlitz-Graben erucht uns, mitzuteilen, daß die Notiz in Nr. 40 des „Proletarier“, „Aus der Ziegelei Bauseben“ (muß heißen Leiseben) nicht auf ihre in Böhlitz-Graben gelegene Ziegelei Bezug hat. Wir bestätigen das hiermit. Die Firma teilt uns gleichzeitig mit, daß in ihrem Betriebe Mißstände genannter Art nicht bestehen und daß der Verdienst der Arbeiter bei 10tägiger Arbeitszeit durchschnittlich 33—35 Mk. pro Woche beträgt. Wir bringen auch diese Mitteilung zur Kenntnis und knüpfen daran die Hoffnung, daß die Arbeiter auf der in Nr. 40 besprochenen Ziegelei das zum Anlaß nehmen, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß sie gleiche Arbeits- und Lohnbedingungen bekommen. Was in Böhlitz-Graben möglich ist, kann im benachbarten Gundersdorf nicht unmöglich sein. Die Redaktion.

Das neue Verzeichnis der gewerkschaftlichen Literatur.

In seiner vierten Ausgabe erscheint soeben das Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur, — im Auftrag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zusammengefaßt von Joh. Sassenbach. Das neue Verzeichnis veranschaulicht ein gutes Stück die Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaftsliteratur.

Das erste Verzeichnis erschien im September 1906. Den Anlaß zu seiner Herausgabe bildeten die gewerkschaftlichen Unterrichtsberichte der Generalkommission, in denen die Teilnehmer auf die in den verschiedenen Zweigen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung sowie der Sozialpolitik vorhandene Literatur hingewiesen wurden. Neben den von der Vorwärtsbuchhandlung in Berlin für die Arbeiterbibliotheken herausgegebenen allgemeinen Schriftenverzeichnissen gab es damals keine Spezialverzeichnisse für Gewerkschaftsliteratur. Nur das „Corr.-Bl.“ veröffentlichte regelmäßig die Neuerscheinungen auf diesem Gebiete. Das erste Sassenbach'sche Literaturverzeichnis hatte nur 32 Seiten Umfang. Es berichtete lediglich über selbständige Bücher und Broschüren allgemeinen oder beruflich gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Inhalts. Trug dieser Mangel fand es allseitig warme Anerkennung und war rasch vergriffen.

Die zweite Ausgabe machte sich schon 4 Monate später, im Januar 1907, notwendig. Sie war schon fast doppelt so stark (60 Seiten) als die erste und enthielt neben einem Autorenverzeichnis auch zahlreiche Hinweise auf wichtigere Aufsätze gewerkschaftlichen oder sozialpolitischen Inhalts, deren Kenntnis für das Studium der gewerkschaftlichen Literatur unerlässlich ist. Agitationschriften, Protokolle und Geschäftsberichte blieben indes unberücksichtigt.

Eine abermalige Erweiterung brachte die dritte Ausgabe im April 1908, die zum ersten Male auch die in Geschäftsberichten, Protokollen und Agitationschriften behandelten Fragen nach ihrem sachlichen Inhalt berücksichtigt. Namentlich in den Verbandtagsprotokollen sind sehr viele für die Gewerkschaftsentwicklung wichtige Resolate und Diskussionen enthalten, deren Kenntnis seiner kaum über den engen Kreis der Verursachenden hinausgedrungen ist. Es wird gewiß allseitig Anerkennung finden, daß diese Literatur jetzt in das Literaturverzeichnis einbezogen worden sind. Insbesondere ist auch hier die in den wichtigsten periodischen Schriften („Neue Zeit“, „Soz. Monatshefte“, „Corr.-Bl.“, „Gewerkschaft“, „Soz. Praxis“, „Neue Gesellschaft“, „Jahrbuch für Gesetzgebung“ usw.) veröffentlichte Agitationsliteratur systematisch bearbeitet worden. Bereits vor der Umfang des Verzeichnisses auf 85 Seiten angewachsen. Ein im Juni 1909 veröffentlichter Nachtrag von 48 Seiten ergänzte dasselbe, indem es nicht bloß die Neuerscheinungen registrierte, sondern auch zahlreiche vorhandene Lücken, die unteres ermittelt wurden, ausfüllte. Nach Jahresfrist war auch dieses Verzeichnis vergriffen und eine vierte Ausgabe wurde vorbereitet.

Jhr kamen sowohl die früheren Schriftenverzeichnisse, als auch die bei ihrer Durchsicht und bei ihrem Gebrauch gesammelten Erfahrungen zugute. In 213 Seiten gibt uns Joh. Sassenbach eine Uebersicht über die deutschsprachige Literatur in bisher unerreichter Vollständigkeit. Dies betrifft nicht nur die älteren und neueren Bücher, Schriften, Berichte und Protokolle, sondern vor allem auch die Aufsätze gewerkschaftlichen oder sozialpolitischen Charakters. Nicht weniger als 29 Zeitschriften sind von ihm systematisch durchgearbeitet worden, vor allem auch amtliche, literarische, religiöse und volkswirtschaftliche. Das Autorenverzeichnis weist nicht weniger als 1289 Namen auf. Die neueste Ausgabe zeichnet sich indes vor allem dadurch aus, daß auch sehr viele Aufsätze, die ohne Namensnennung in den bearbeiteten Zeitschriften erschienen (Arbeiten der Redaktionen oder für deren Inhalt die Redaktionen die Verantwortung übernehmen) berücksichtigt sind.

Sicherlich ist auch das neueste Verzeichnis noch nicht ganz vollständig. Manche ältere Schrift (Büchlein, Bericht, Protokoll), die nur in wenigen Vereinsarchiven oder Privatbibliotheken vorhanden ist, mag übersehen sein. Der Verfasser konnte nur die zu seiner Kenntnis gelangte deutschsprachige Literatur berücksichtigen. Der Liebhaber historischer Forschungen wird auch Hinweise auf die ältere Quellenliteratur („Vorboten“, „Sozialdemokrat“, „Neuer Sozialdemokrat“ usw.) vermissen, die mancherorts geschichtlich bedeutende Kundgebungen enthält. Auch die oft sehr wichtigen Veröffentlichungen der politischen Arbeiterpresse („Berliner Volksblatt“, „Volkstribüne“, „Vorwärts“, „Hamburger Echo“, „Leipz. Volkszeit.“ usw.) wurden außer Betracht bleiben, wie ja auch die gesamte berufliche Gewerkschafts- und Arbeiterpresse nicht mit einbezogen werden konnte. Der zu bewältigende Stoff wäre hierdurch ins Riesenhafte angequollen und die praktische Ausnützung des Verzeichnisses wäre sicherlich erschwert worden. Immerhin kann vielleicht auf die bedeutendsten Veröffentlichungen dieser Spezies später doch noch hingewiesen werden.

Zweckmäßig würde auch ein kurzes Verzeichnis des Herausgebers sein, das den Leser in die Grundzüge der Zusammenstellung einführt. Auch ein sachliches Inhaltsverzeichnis würde den Gebrauch des Buches wesentlich erleichtern. Zweifellos werden der vierten Ausgabe weitere folgen, denn jeder Tag bringt neue Erscheinungen, und jeder Interessent kann dazu beitragen, die Kenntnis der gewerkschaftlichen Literatur, besonders auch der älteren, zu erweitern. Der Verfasser richtet ausdrücklich am Schluß des Buches an alle Freunde dieses Unternehmens die Bitte, ihn auf vorhandene Fehler und Lücken aufmerksam zu machen. Vor allem möchten wir unsere Vorstandsmitglieder dringend bitten, an der Verwirklichung dieses Verzeichnisses nach besten Kräften mitzuarbeiten. Dieses Ersuchen gilt aber nicht bloß für unsere Gewerkschaftskreise, sondern auch für die Kenner der Literatur anderer Gewerkschaften und Arbeitervereine, die ebenfalls in dem Verzeichnis die weitestverbreitete Berücksichtigung finden.

Es erübrigt sich wohl, hier alle die Gebiete namhaft zu machen, die das neue Verzeichnis umfaßt. Es gibt keinen Zweig der Sozialwissenschaften und Sozialpolitik gewerkschaftlichen Interesses, der nicht darin vertreten wäre. Deshalb wird dieses Verzeichnis allen Gewerkschaftsfreien, besonders allen agitatorisch und organisatorisch tätigen Gewerkschaftlern von großem Nutzen sein. Aber das Interesse für Gewerkschaftsfragen beschränkt sich nicht auf diese Gewerkschaftskreise; es erstreckt sich auf die Kreise der in der Partei und im Genossenschaftswesen tätigen Genossen. Politiker aller Parteien, Sozialpolitiker, praktische Volkswirtschaftler und Wissenschaftler müssen sich mit den Gewerkschaften befassen, müssen diese Bewegung in Theorie und Praxis studieren. Ihnen allen wird das Literaturverzeichnis, wie auch die früheren, gute Dienste leisten.

Paul Umbreit.
*) Verlag der Generalkommission, Berlin. 213 S. 60 Pf.